

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Das Kriegsmal in Masuren.

### Der Reichspräsident redet von Einigkeit. — Eine Gegenstimme aus Tuntenhäusen.

Die angekündigte Denkmalsenthüllung auf dem Schlachtfeld von Tannenberg in Ostpreußen hat am Sonntag programmäßig stattgefunden. Reichspräsident Hindenburg war in der Uniform des kaiserlichen Generalfeldmarschalls erschienen, neben ihm Reichskanzler Marx und die Minister Reubell und Gehler. Auch die völkischen Generale Ludendorff und Morgen durften teilnehmen. Die preussische Regierung ließ sich nur durch den Oberpräsidenten von Ostpreußen vertreten.

Die Feier gestaltete sich zu einer gewaltigen und ausgeprägt nationalistischen Kundgebung. Der Vorsitzende des Denkmalsausschusses, General Kahns, begrüßte Hindenburg offiziell indem er ihn — nach dem unverdächtigen Wolff-Bericht — stets nur als Generalfeldmarschall anredete.

Der Reichspräsident antwortete darauf mit Worten des Dankes und fuhr dann, politisch werdend, mit erhobener Stimme fort:

„Das Tannenbergnationaldenkmal gilt in erster Linie dem Gedächtnis derer, die für die Befreiung der Heimat gefallen sind. Ihr Andenken, aber auch die Ehre meiner noch lebenden Kameraden verpflichten mich dazu, in dieser Stunde und an dieser Stätte feierlich zu erklären: Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weiß das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück! Nicht Reich, Haß oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Keinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederselbst bereit, dies vor unparteilichen Richtern nachzuweisen!

In den zahllosen Gräbern, welche Zeichen deutschen Heldentums sind, ruhen ohne Unterschied Männer aller Parteifarbungen. Sie waren damals einig in der Liebe und Treue zum gemeinsamen Vaterland. Darum möge an diesem Erinnerungsmale stets innerer Hader zerfallen; es sei eine Stätte, an der sich alle die Hand reichen, welche die Liebe zum Vaterlande besetzt und denen die deutsche Ehre über alles geht. Mit diesem Wunsch öffne ich die Pforte zum Tannenbergnationaldenkmal!

Im Anschluß an diese Hindenburg-Rede fand dann noch ein „Festgottesdienst“ statt, wobei ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher — der jüdische Feldgeistliche war vorher abbestellt worden — Kriegsreden hielten. Zur Einweihung des Denkmals wurde dann ein Gebet gesprochen, das mit folgenden Sätzen schloß:

Segne unser deutsches Volk. Um der gefallenen Brüder willen schenke uns Einigkeit und Friede und Freiheit. Schütze und schirme unsere Heimat und unser deutsches Vaterland. Wir halten treu zu dem Alten, wenn es sich als gut erweist. Wir alle stehen treu zu ihm bis in den Tod. Jehu bricht die Not das Eisen, einst bricht das Eisen die Not. Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.

Das alles im Beisein des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers, der die „Richtlinien der Politik der Regierung“ zu bestimmen hat!

### Die Reichsregierung deckt Hindenburg.

En zuständigere Stelle wird erklärt, daß die „konstitutionelle Befugnis“ des Reichspräsidenten selbstverständlich über jeden Zweifel erhaben sei und an den Äußerungen des Reichspräsidenten alle in Frage kommenden Instanzen beteiligt gewesen seien.

### Tuntenhäusen.

#### Der bayerische Bauernverein tagt. — Bauern-Heim heßt gegen das Reich.

München, 19. September. (Eigenbericht.)

Die Jahresversammlung des bayerischen Bauernvereins in Tuntenhäusen, aus der schon oft die Stichwörter für die liberale Politik in Bayern gegeben worden sind, spiegelte dieses Jahr die kritische Situation der Bayerischen Volkspartei wider, die einem schweren Wahlkampf mit dem vordringenden Bauernbund entgegengeht und gleichzeitig das Zentrum durch einen Druck zum Entgegenkommen in den Finanzfragen zu veranlassen sucht. Der Generalsekretär des Vereins gab zu, daß der Radikalismus in der Bauernschaft immer stärker um sich greife und daß der Bauernbund der Bayerischen Volkspartei das Wasser abgrabe, nicht zuletzt deshalb, weil die Bayerische Volkspartei als eine vorwiegende Beamtenpartei von der Bauernschaft angefeindet werde. Der Redner fand es deshalb für gut, sich selbst in rechtsradikalen Sprüchen zu ergießen; ohne sich darum zu kümmern, daß in der Reichsregierung und zumal im Ernährungsministerium zurzeit die Deutschnationalen sitzen, erklärte er, die Bauernschaft müsse ihre Stimme erschallen lassen, bis in Berlin die Klubbesitzel mit samt den roten Gewerkschaftssekretären umfließen.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Horlacher forderte das Zusammengehen in einer Weltanschauungspartei und verlangte in einer heftigen Polemik gegen die „sanftmütigen republikanischen Verirrungen“ Dr. Birchs den Ausschluß von Leuten, die nicht mehr in die katholischen Reihen gehörten. Man könne von den bayerischen Katholiken nicht erwarten, daß sie einen Staat sicherten, der von dem Juden Kurt Eisner geschaffen worden sei, wenn sie auch diesem Staat pflichtgemäß dienten. Zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erklärte Horlacher, im christlichen Sinne gäbe es gar kein Proletariat. Es sei die Aufgabe der deutschen Landwirtschaft, die heute bestehenden Handelsverträge — wie den mit der Schweiz — umzustossen und dann höhere Forderungen zu stellen.

In einer kurzen Ansprache feuerte der bayerische Ministerpräsident Held seine Zuhörer an, katholische Politik aus dem Glauben zu treiben gegenüber Mächten, die Widerstand gegen Religion und

Gott leisteten. Wenn es in der Frage des Steuervereinheitlichungsgezetzes zum Kampf komme, solle die bayerische Bauernschaft sich nicht irren lassen: „gut katholisch, gut christlich, gut bayerisch, gut deutsch!“

Dr. Heim, der seit längerer Zeit wieder einmal in der Öffentlichkeit erschien, behandelte das gleiche Thema. Bei der Vertretung landwirtschaftlicher Interessen sagte er, dürfe man nicht vergessen, daß zum Reichstag leider auch große Arbeitermassen mitwählten. Vielleicht bekäme man nächstens in Bayern statt des Ministerpräsidenten einen preussischen Mandarinen mit einem langen Zopf. Das Vereinheitlichungsgezetze stehe im schroffen Widerspruch zur Reichsverfassung, aber gegen eine solche Verfassungsverletzung habe die bayerische Landesregierung noch Mittel in der Hand. Trotzdem werde bei Durchführung des Gezetzes die Selbständigkeit der Länder nur noch auf dem Papier stehen. Wie könne die Reichsregierung überhaupt hoffen, bei einer solchen Politik die Unterstützung der Bayerischen Volkspartei zu erhalten? Es sei nicht mehr zu ertragen, daß bayerische Minister jedes Jahr in Berlin betteln müßten, daß Bayern, obwohl die Verfassung ihm die Erstlingsgarantien, wie eine außereuropäische Kolonie behandelt werde; das sei hundsstisch, das sei heuchlerisch! Es sei gerade so, als ob man zu einer Sau im Stalle sage: „du darfst so dick werden, wie du willst, aber zu fressen kriegst du nichts!“

Zum Schluß mahnte ein Geistlicher zur vorsichtigen Behandlung der bayerischen Königsfrage. Die Aufgabe könne es nicht sein, morgen schon eine Monarchie zu errichten. Leider bestehe nicht bei allen maßgebenden Führern des bayerischen Heimat- und Königsbundes Verständnis hierfür.

### Das Echo der Hindenburg-Rede.

#### Widerspruch in Paris. — Pétain redet in Verdun.

Paris, 19. September. (Eigenbericht.)

Die Rede, die der Reichspräsident v. Hindenburg gestern in Tannenberg gehalten hat, findet in der hiesigen Presse scharfen Widerhall. Die Presse sieht in der Wiederaufrollung der Kriegsschuldfrage eine Herausforderung der öffentlichen Meinung der Alliierten und besonders Frankreichs. Die Blätter weisen darauf hin, daß aller Vorwust nach Stresemann die Rede gekannt habe und sie desto mehr Beachtung verdiene.

„Petit Parisien“ schreibt, daß die reaktionären Kreise in Deutschland seit längerer Zeit Stresemann auffordern, offiziell die Anschuldigungen über die deutsche Kriegsschuldfrage zurückzuweisen. Da Stresemann es nicht für opportun gehalten habe, selbst diese Manifestation in Berlin oder Genf zu machen, habe er es in Tannenberg durch den Reichspräsidenten Hindenburg machen lassen, um Deutschland von der Anschuldigung des Artikels 231 des Versailler Friedensvertrages reinzuwaschen. Das Blatt glaubt nicht, daß solche Manifestationen zu der Auswirkung der Locarnopolitik beitragen werden.

Auch der „Deuxre“ verurteilt die Rede Hindenburgs scharf. Hindenburg, schreibt das Blatt, hat es für nötig gehalten, von neuem von der Kriegsschuldfrage zu sprechen und die Schuld auf die anderen Nationen zu schieben.

Der sozialistische „Populaire“ weist darauf hin, daß, während Hindenburg in Tannenberg sprach, Marschall Pétain in Verdun eine ähnliche Rede über den Defensivkrieg in Frankreich geführt habe. Das Blatt weist darauf hin, daß es in Frankreich wie in Deutschland andere Dinge zu sagen und zu tun gäbe als diese politisch-militärische Manifestation. Das Spiel von Verdun und Tannenberg könne nicht ohne Gefahr in beiden Ländern weiter geführt werden. Es wäre besser, den Völkerbund zu fördern.

### Die Tagung in Genf.

#### Deutschland beantragt Abrüstungskonferenz.

Genf, 19. September.

Im Abrüstungsausschuß wurde heute vormittag der polnische Antrag zur Diffamierung des Angriffskrieges nach kurzer Aussprache auf Vorschlag des Grafen Bernstorff sowie der Vertreter Frankreichs, Italiens, Finnlands und anderer Staaten durch Akklamation einstimmig und unverändert angenommen. Im weiteren Verlauf hielt Graf Bernstorff eine längere Rede, in der er den von Paul Boncour am letzten Freitag eingebrachten Entschließungsentwurf behandelte und die genaue Trennung zwischen den technischen Vorbereitungsarbeiten für die Abrüstungskonferenz und der Prüfung der Sicherheitsfrage verlangte. Schließlich brachte Graf Bernstorff eine Entschließung ein, in der unter Berufung auf eine Entschließung der vorjährigen Völkerbundversammlung in bezug auf Einberufung einer Abrüstungskonferenz gefordert wird, daß der vorbereitende Abrüstungsausschuß die technischen Arbeiten derart beschleunigt, daß die Abrüstungskonferenz noch vor der nächstjährigen Völkerbundversammlung einberufen werden kann.

Der Völkerbundsrat verhandelte heute vormittag wieder über den rumänisch-ungarischen Streitfall.

Moraczewski, der polnische Minister für öffentliche Arbeiten, der Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei ist und bei Eintritt in die gegenwärtige Regierung seine Parteifunktionen aufgegeben hat, wird in den nächsten Tagen von der obersten Parteileitung vor die Alternative gestellt werden, entweder aus der Partei oder aus der Regierung auszutreten. Dieser Entschluß der PPS ist auf die scharfe Resolution der polnischen Gewerkschaften gegen die Regierung zurückzuführen.

## Hindenburg über Kriegsschuld.

### Eine politische Aktion des Reichspräsidenten.

Entsprechend den Ankündigungen der deutschnationalen Presse hat der Reichspräsident v. Hindenburg bei der gestrigen Tannenbergfeier in Ostpreußen eine Erklärung über die Unschuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges abgegeben. Die Erklärung hat in der Pariser Presse scharfe Entgegnungen hervorgerufen.

Der Reichskanzler Marx soll die Erklärung gekannt und mit ihr einverstanden gewesen sein. Ob der in Genf weilende Außenminister Stresemann um seinen Rat gefragt wurde, steht nicht fest. Nach den Äußerungen der deutschnationalen Presse scheint dies nicht der Fall gewesen zu sein; nach ihnen müßte man eher annehmen, die Tannenbergrede des Reichspräsidenten habe den Zweck verfolgt, die Haltung des Außenministers in Genf zu korrigieren. Wäre diese Annahme richtig, dann läge hier einer jener Fälle des Gegeneinanderregierens vor, das im Kaiserreich üblich war und dort zu den bekannten Erfolgen geführt hat.

In der Vergangenheit sind wiederholt von deutschen Regierungen Erklärungen abgegeben worden, in denen das sogenannte „Kriegsschuldbekenntnis“ des Artikels 231 des Friedensvertrags als erpreßt feierlich widerrufen wurde. Den Deutschnationalen genügte das jedoch nicht, sie verlangten eine Aktion, durch die auch die Entente zu einem Widerruf des Artikels 231 genötigt werden sollte. Dieser Widerruf sollte dann die Revision des ganzen Friedensvertrags, seiner territorialen wie seiner finanziellen Bestimmungen zur Folge haben.

Dieser Plan war, wenn er ernst gemeint war, das Muster einer „pazifistischen Utopie“. Er geht von der Annahme aus, daß es möglich sei, durch eine Korrektur moralischer Urteile die Weltgeschichte zu korrigieren. Nach in der letzten Sonntagsnummer der „Deutschen Zeitung“ steht ein Professor Hennig auseinander, daß die Dawes-Gesetze fallen, die Rhein- und Saarbesetzung aufgegeben, die verlorenen Ostgebiete und Kolonien Deutschland zurückgegeben werden müßten, wenn es gelänge, die „Rechtsbasis“ des Artikels 231 zu erschüttern.

Eine solche Beweisführung macht sich im Grunde von Leuten, die sich sonst als Machtpolitiker herauspielen, einen besonders merkwürdigen Eindruck. Sie ist aber natürlich auch nicht ernst gemeint, sondern dient hauptsächlich agitatorischen Zwecken.

Vor etwa zwei Jahren zwangen die Deutschnationalen die Regierung, eine Aktion nach dieser Richtung zu unternehmen. Sie wollten, daß eine Erklärung, die den Gegnern den Widerruf des Artikels 231 notifiziere, in feierlichster Form abgegeben werden. Im Auswärtigen Amt begriff man aber, daß dabei nichts anderes herauskommen würde als ein ganz überflüssiger Zanf um vergangene Dinge, man beschränkte sich also darauf, durch die diplomatischen Vertreter beiläufige mündliche Erklärungen abgeben zu lassen. Die andere Seite reagierte entweder überhaupt nicht darauf, oder sie antwortete, wie die belgische Regierung, mit einem Hinweis auf die Rede Bethmanns vom 4. August 1914, in der Deutschlands Schuld Belgien gegenüber offen zugegeben war.

Solche Erfahrungen konnten kaum zu einer Wiederholung ermutigen. Die Regierung hat denn auch später — trotz der vier deutschnationalen Minister, die wir jetzt haben — von weiteren Schritten in der gleichen Richtung abgesehen.

Nun aber kommt die Erklärung des Reichspräsidenten, des früheren kaiserlichen Generalfeldmarschalls, abgegeben im Kreise der Ludendorff, Mackensen usw., im Rahmen einer Feier zum Ruhm der alten kaiserlichen Generalität. Daß dieser Rahmen für eine solche Erklärung besonders glücklich gewählt war, wird man nicht behaupten können. Aber ganz abgesehen davon — welchen Zweck hatte es, den Reichspräsidenten in eine Aktion hineinzutreiben, der, wie jedermann weiß, ein Mißerfolg von vornherein sicher ist?

Der Reichspräsident hat in seiner Rede die Versicherung abgegeben, daß Deutschland mit reinem Herzen und reinen Händen in den Krieg gezogen sei, und er hat die Bereitwilligkeit erklärt, „dies vor unparteilichen Richtern nachzuweisen“. Unparteiliche Richter können aber nicht Herzen und Hände untersuchen, sondern höchstens geschichtliche Tatsachen. Eine solche Untersuchung über ein Spezialthema, die Frankfurterfrage, war zwischen der deutschen und der belgischen Regierung in Aussicht genommen, die belgische Regierung trat jedoch von diesem Vorhaben wieder zurück, und die deutsche gab sich damit zufrieden. Es ist daher nicht anzunehmen, daß dem feierlichen Appell des deutschen Reichsoberhauptes an das Ausland irgendein praktischer Erfolg beschieden sein wird.

Abgesehen davon ist die Behauptung, irgendein Heer habe im Kriege „das Schwert mit reinen Händen geführt“, zwar stehender Bestandteil aller militärischen Festreden, aber mit den Tatsachen des Krieges nicht vereinbar. Denn der Krieg führt nicht nur zu einer unbeschreiblichen Verdrückung des äußeren Menschen, sondern auch zu einer entsetzlichen Verrohung der Gemüter. Kein Heer wird imstande sein, den Nachweis zu führen, daß ihm bei all seinen Handlungen christliche Nächstenliebe und edle Ritterlichkeit Leitsterne gewesen seien.

Schließlich, daß der Weltkrieg nicht von den damaligen Machthabern Deutschlands bewußt und absichtlich herbei-

geführt worden ist, weiß heute alle Welt. Sie weiß, daß der brave Bethmann mit kummervoller Sorgfalt, aber mit wenig Geschick über dem Frieden wachte; sie weiß auch, daß sein Bratler ein reißiger Neuraastheniker war, der zwar die rasselnden Redensarten liebte, aber sofort das Knie schlottern bekam, wenn die Sache irgendwie ernst wurde. Die Welt weiß aber auch, daß damals an allen Höfen und politischen Zentren Europas — von Wien angefangen — frivol und kopflos mit dem Schicksal der Völker gespielt wurde, bis man, wie Herr v. Tirpitz ausnahmsweise einmal richtig sagte, in den Krieg „hineinschlitterte“.

Eine unparteiische Untersuchung der Kriegursachen würde sicher keinen „Alleinschuldigen“ am Kriege feststellen können, wohl aber würde sie zeigen, wie unverantwortlich und gewissenlos in Deutschland und in ganz Europa vor dem Kriege regiert worden ist. An dem Vertrag von Versailles würde sie nichts ändern.

Die unparteiische Untersuchung wird aber nicht kommen. Die Welt wird auf den Appell des Reichsoberhauptes mit einem Achselzucken antworten. Ob mit einem solchen Erfolg dem Ansehen Deutschlands gedient ist? Auf diese Frage mögen diejenigen antworten, die einstweilen dabei sind, die Rede des Generalfeldmarshalls als eine große Tat zu feiern.

## Reichslandbund und Bauernbund.

### Wie der Bauernbund gesprengt wurde.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte begann heute morgen unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Bücherl die Verhandlung gegen den Geschäftsführer des Bauernbundes Jerks. Die Vorstandsmitglieder des Reichslandbundes Graf Ewald v. Raasdorph und Direktor Kriegsheim haben gegen ihn eine Beleidigungsklage angehängt.

Dieser Privatklage liegen die bereits mehrfach in der Öffentlichkeit erörterten Tatbestände zugrunde. Der Angeklagte Jerks hat in einem Offenen Brief den Reichslandbund beschuldigt, dem früheren Geschäftsführer und Präsidialmitglied des Bauernbundes Hackbarth Bestechungsgelder für die Ueberleitung eines Teils der Bauernbundmitglieder an den Reichslandbund versprochen zu haben. Er hat ferner behauptet, der Vorsitzende des Reichslandbundes habe auch gemocht, daß Hackbarth das Kopfschloß der Zeitung des Bauernbundes gestohlen, sich das Adressenmaterial der Mitglieder des Bauernbundes angeeignet und durch Täuschung letztere veranlaßt habe, ihre Beiträge an den Landbund abzuführen. Mit einem Worte: der Reichslandbund habe den Berrat Hackbarths organisiert und finanziert.

Das Interesse der Verhandlung, die voraussichtlich viele Stunden in Anspruch nehmen wird, da eine große Anzahl von Zeugen geladen ist, konzentriert sich auf die Aussage des Zeugen Hackbarth. Er erklärt, daß er im Jahre 1926 beauftragt worden sei, mit dem Landbund Verhandlungen zu führen. Als er dann erfahren habe, daß die Verhandlungen des Bauernbundes mit dem Reichsverband der landwirtschaftlichen Mittel- und Kleinbetriebe kurz vor Abschluß ständen, habe er beschlossen, auf eigene Faust die Ueberleitung eines großen Teiles der Mitglieder des Bauernbundes, die seiner Ansicht nach die Schwächung ins demokratische Lager nicht mitmachen wollten, zustande zu bringen. Er habe aus diesem Grunde von dem Klischee Gebrauch gemacht und auf eigene Rechnung die Nummer der Zeitung herausgegeben. Von Bestechungsgeldern sei überhaupt keine Rede gewesen. Desgleichen seien auch ihm oder den Angehörigen des Bauernbundes keine Protektionen versprochen worden. Er sei einfach zu dem Vorstand des Reichslandbundes hingegangen und habe angefragt, ob ihm in dessen Räumlichkeiten ein Zimmer zur Verfügung gestellt werden könnte.

Trotz wiederholter Vorhaltungen des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Hamburger, ob der Zeuge ermächtigt gewesen sei, auf eigene Befugnis die von ihm geschiedenen Schritte zu unternehmen, erklärt er, daß er im Interesse der deutschen Landwirt-

schaft sich verpflichtet gehalten habe, als Präsidialmitglied des Bauernbundes den Uebertritt dessen Mitglieder nach links zu verhindern.

Die Verhandlung dauert an.

## Um die Septembertagung des Reichstags.

### Blinder Rärm der Kommunisten.

Die Sozialdemokraten sind im Kellertestrat des Reichstags dafür eingetreten, daß der Reichstag noch im September zusammentritt, um gegen die Mietherhöhung am 1. Oktober sowie für die Beibehaltung der Krisenfürsorge über den 1. Oktober hinaus und für eine umfassende Amnestie Beschlüsse zu fassen. Die Mehrheit entschied jedoch, daß der Reichstag erst am 17. Oktober zusammentritt, um das Schulgesetz, das Liquidationsgesetz und die Beamtenbesoldungsreform zu beraten. So ist der einfache klare Sachverhalt.

Kun behaupten die Kommunisten, wenn die Sozialdemokraten mit ihnen gemeinsam unter Berufung auf Artikel 24 der Reichsverfassung nochmals die Septembertagung verlangen würden, daß dann der Reichstagspräsident dem Antrag nachkommen müßte. Aber der Artikel 24 ist hier nicht anwendbar, selbst wenn man ihn so auslegt, daß er nicht nur bei Beginn einer neuen Session, sondern auch nach einer einfachen Vertagung des Reichstags, wie sie im Sommer erfolgt ist, anwendbar werden kann. Er befragt nämlich, daß der Reichstag, der alljährlich am ersten Mittwoch im November zusammentreten soll, früher einzuberufen ist, wenn es mindestens ein Drittel der Reichstagsmitglieder verlangt. Da der Reichstag 493 Mitglieder zählt, müßten also 165 Abgeordnete den Antrag stellen. Die 131 Sozialdemokraten und die 30 Parteikommunisten zählen aber zusammen nur 161 Abgeordnete, es fehlen 4 an der vorgeschriebenen Zahl. Hätten die Parteikommunisten nicht 15 ihrer früheren Fraktionskollegen ausgeschlossen, so würde das vom Artikel 24 geforderte Drittel da sein. Die Kommunisten haben also selber die erste Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 24 zerstört. Wollen sie bei Urbohn und Rauh Fischer, die in ihren Augen Konterrevolutionäre sind, um die fehlenden Stimmen betteln?

Aber selbst wenn sich die 165 Abgeordneten finden, die die Vertagung für den Antrag fordern, so können sie doch nicht die Septembertagung des Reichstags erzwingen. Sie können ja nur fordern, daß der Reichstag „früher“ als am ersten Mittwoch des November zusammentritt. Diese Forderung ist aber bereits erfüllt, da der Reichstag nach dem Willen der Mehrheit des Kellertestsrats doch „schon“ am 17. Oktober zusammentreten soll. Der Reichstagspräsident muß diesen Willen der Mehrheit des Kellertestsrats nach der Geschäftsordnung des Reichstags respektieren. Was würden gerade die Kommunisten lamentieren, wenn in einem anderen Falle, in dem sie selber der Mehrheit des Kellertestsrats angehören würden, der Präsident sich selbstherrlich über den Mehrheitswillen hinwegsetzen wollte. Es gibt also weder eine geschäftsordnungsmäßige noch eine verfassungsrechtliche Möglichkeit, die auch von uns geforderte Septembertagung doch noch zu erzwingen. Das könnten endlich auch die Kommunisten begreifen, wenn sie nur wollten.

## Nürnberg Nationalistenradau.

### Mißlungene Aktion gegen den Beamtenkongreß.

Nürnberg, 19. September. (Eigenbericht.)

Bei Beginn des Beamtenkongresses versuchte am Sonnabend ein Stoßtrupp Nationalsozialisten unter Führung des herköstlichen Stadtrats Holz die Kundgebung zu stören. Als sich diese Versuche wiederholten, und die Hakenkreuzler Miene machten, die Besucher anzugreifen, wurden sie von den versammelten Beamten kurzerhand an die Luft gesetzt. In der sich daraufhin entspannenden Schlägerei wurden den Hakenkreuzlern verschiedene Totschläger und Hundepelischen abgenommen. Die Polizei mußte eingreifen; sie trieb die Nationalsozialisten zum Haupte hinaus und die Straße entlang-

Dabei wurde einem Volksebeamten die goldene Uhr gestohlen. Daß es sich bei der Attade der Hakenkreuzler um einen planmäßigen Ueberfall gehandelt hat, beweist die Tatsache, daß die Vorgänge in einer Versammlung des deutschvölkischen Abgeordneten Streicher am Tage vorher bereits angekündigt wurden.

## Völkische Ausschreitungen auch in Gera.

Gera, 18. September. (Eigenbericht.)

Nationalsozialistische Rowdys haben am Sonnabend im Kaufhaus Bülow zwei und im Warenhaus Tief eine große Fenster Scheibe mit Steinen zertrümmert. Als Haupttäter und Anstifter wurde der Handlungsgehilfe P., der Herausgeber des antisemitischen Heftblattes „Die Sturmflut“, neben drei Mittätern, die alle der Tat geständig sind, festgestellt. Die Tat ist nicht verwunderlich, da die nationalsozialistischen Zeitungen Thüringens, so das Dintersche Schimpfblatt „Der Nationalsozialist“, seit Wochen ausschließlich den Kampf gegen die Waren- und Kaufhäuser prägten, um bei kleinen Geschäftsleuten dann auf Inzeratentanz zu gehen. P. wollte scheinbar diesem Geschäft durch die Zertrümmerung der Scheiben eine größere Resonanz verleihen.

## Vandervelde über die Genfer Tagung.

Brüssel, 19. September. (Eigenbericht.)

Der belgische Außenminister Vandervelde ist am Sonntag von Genf nach hier zurückgekehrt. In einem Presseempfang äußerte er sich über die Abstimmung der Völkerbundvollversammlung über die Ratswahlen. Er betonte, daß gerade Belgien und ihm prinzipiell besonders freundlich gesinnte Länder aus prinzipiellen Gründen gegen eine weitere Mitgliedschaft im Rat stimmten. Uebrigens hätten ihm Briand und Stresemann versichert, daß eine angemessene Form gefunden werden müsse, um die Zuziehung der belgischen Regierung zu Ratsitzungen in allen Fragen zu sichern, wobei belgische Interessen berührt werden.

Zusammenfassend äußerte sich Vandervelde dahin, daß die gegenwärtige Tagung in Genf bisher besser verlaufen sei, als erwartet werden könne. Bewiß seien augenblicklich weder die Friedenspläne noch die Fragen der Rheinlandbesetzung erheblich vorwärts zu bringen, dazu müßten die nächstjährigen Wahlen in den großen Staaten abgewartet werden, aber inzwischen gedehne die Sache des Friedens doch weiter. Wenn auch vorläufig keine weittragenden Beschlüsse möglich seien, so könne doch für die Zukunft ein Programm zur Sicherung des Friedens ausgearbeitet werden. Das geschähe zurzeit unter maßgebender Beteiligung sozialistischer Delegierter der Abrüstungskommission und wie er hoffe — mit viel Erfolg.

Vandervelde betonte die Tatsache, daß die deutsche Delegation die Kandidatur Belgiens unterstützt habe, obgleich ihre Lage sehr schwierig war, besonders im Hinblick auf die letzte deutsch-belgische Polemik. Die deutsche Delegation sei von anderen Delegationen bestürmt worden, gegen Belgien zu stimmen, habe aber sich nicht beeinflussen lassen. Mit Befriedigung stellte Vandervelde in diesem Zusammenhang fest, daß auch Oesterreich, Ungarn und Bulgarien, die ehemaligen Verbündeten Deutschlands, für Belgien gestimmt hätten. Vandervelde verneinte ausdrücklich, daß zwischen Belgien und Deutschland eine Abmachung getroffen worden sei, nach der die Proklime Deutschlands abhängig gewesen sei von der Zustimmung Belgiens zur Ueberlassung eines Kolonialmandats an Deutschland. Vandervelde versicherte, daß Belgien die Zulassung Deutschlands in die Mandatskommission nicht ablehne. Ferner betonte der Außenminister, daß Belgien seine Kandidatur auf ausdrückliche Bitte Deutschlands, Frankreichs und Englands aufgestellt habe. Ueber seine Zusammenkunft mit Stresemann und im speziellen über die Frankfurter Angelegenheit befragt, erklärte Vandervelde, in diesem Augenblick sich darüber nicht äußern zu wollen.

## Ein Konkurrenzmanöver.

Von Hans Bauer.

Vom elektrischen Stuhl ist ja in der letzten Zeit genug die Rede gewesen, weniger von seiner Geschichte. Aber die Geschichte des elektrischen Stuhls und er selbst: die beiden passen zueinander, die können sich zusammen photographieren lassen, die sind einander wert.

Wer hat den Gedanken ausgebracht, daß es rätlich sei, die Wunderkraft Elektrizität, dieses Gnadengeschenk der Natur, als Exekutor zu mißbrauchen, als Verbrenner von Herz, Lunge, Niere? Ei, das ist so gewesen: Im 1880 herum existierten zwei große Werke in Amerika, die elektrische Motoren herstellten: die Wellingtonhouse Company und die Edison Company. Wie das nun so zu sein pflegt, lagen sie in Konkurrenz zueinander und bestritten sich bis aufs Messer. Da ereigneten sich nun kurz hintereinander bei der Wellingtonhouse Company, die, im Gegensatz zu den Gleichstrommaschinen der Edison Company, Wechselstrommotoren herstellte, zwei tödliche Unfälle. Es lag, bei der Gemütsrobustheit kapitalistischer Geschäftsmacher, nahe, daß die Edison Company sich nicht nur aufrichtig über das Mißgeschick der Konkurrenz und über deren Tote freute, sondern daß sie sich auch bemühte, aus dem Vorfall Kapital zu schlagen. In Europa hätte man nun vielleicht, plump, wie man hier in Reklamedingen häufig ist, die Unfälle zur Aufklärung der fremden und zur Glorifizierung der eigenen Fabrikate benutzt. In Amerika war man schon um 1880 herum weiter. Die Edison-Beute dachte nicht daran zu rufen: Fort mit den Wellingtonhouse-Erzeugnissen! Kauft unsere Marke! Im Gegenteil. Sie wiesen hin auf die Konkurrenz. Sie lobten und empfahlen diese Ware, allerdings — für Hinrichtungen. Ein geschickter Dreh, wie man zugeben muß, eine schmissige Reklamebeize: unter dem Deckmantel der Anerkennung eine feindliche Sache groß zu kompromittieren.

Die Edison Company froh sich hinein in ihren Gedanken. Sie machte immer größeren Rärm für die Eignung der Wechselstrommotoren des wirtschaftlichen Gegners als Exekutionsapparate. Bei dem großen Einfluß, den ja, nicht nur in Amerika, finanzkräftige Mächte auf die Politik ausüben vermögen, gelang es schließlich, nach langem Hin und Her, die Gesetzgebung für elektrische Hinrichtungen zu gewinnen.

Die erste elektrische Hinrichtung, die 1889 stattfand, gab ja nun eigentlich der Edison Company nicht recht. Der Delinquent war rückständig genug, die Behauptung von der Todesgefährlichkeit der Wechselstrommaschinen und damit von ihrer Konkurrenzunfähigkeit in gewissem Maße zu widerlegen. Er nahm es sich heraus, nach zweiminütiger Stromzufuhr noch zu atmen und ersparte den Hinrichtungsbeamten nicht die Unbequemlichkeit, seinen angefangenen und betäubten Körper noch ein zweites Mal auf den Stuhl zu schmeißen. Aber nach einigen weiteren Minuten war er dann wirklich tot — und sei es auch nur, daß er vor Angst und Grauen gestorben war. Er wird es sicher nicht gemocht haben, um was es bei seinem Tode ging. Er hatte gewiß gedacht, daß es nur darauf an-

komme, sein armes Leben zu zerstören, aber es ging um mehr. Es ging darum, den Beweis zu erbringen, wer denn nun eigentlich die hoch- und wer die minderrangigen Motoren herstellt und es ging darum, zu erforschen, wer denn nun etwas zu lachen haben werde: die von der Wellingtonhouse oder die von der Edison Company.

Er ist für die Wirtschaft gestorben, der erste arme Teufel, den sie auf den elektrischen Stuhl gebracht haben. Zeit seines Lebens wird sie vermutlich nicht viel von ihm haben wissen wollen, aber er war ihr nicht zu gering, zu Reklamezwecken einige Minuten lang seine Eingeweide rösten zu lassen. Und das ist doch leutselig von der Wirtschaft.

Es läßt sich allgemein sagen, daß der Tod eine Einrichtung von fragwürdiger Qualität ist, indessen sollte doch auch nicht verkant werden, daß er nicht zuletzt auch im Völkerverleben als Vorkamptreiber von Geschäftsinteressen sich des öfteren schon bewährt hat.

## Anhaltische Gemäldegalerie.

Am 17. September ist Anhalt endlich zu einer Gemäldegalerie gekommen. Ein bißchen reichlich spät, muß man schon sagen. So ungefähr hundert Jahre, nachdem man anderswo in deutschen Kulturländern datangegangen ist, die Kunstschätze zum Allgemeinbesitz zu machen. Und dabei handelt es sich um ein zwar kleines, aber keineswegs armes Land und um Objekte von recht beträchtlichem Wert. Es sind da im ehemaligen Palais Reina, einem jener Stadtpaläste, wie sie zur Unterbringung der unehelichen Fürstensprohlinge in jeder besseren deutschen Residenz erbaut worden sind, der sachverständigen Obhut des Konservators Dr. Grote einige 200 Bilder und Handzeichnungen der niederländischen und deutschen Schulen des 15. bis 20. Jahrhunderts übergeben worden. Ein stämmiger Primitiver ist darunter, Petrus Christus, ein heiliger Christoph von Düren, Handzeichnungen von dem älteren und dem jüngeren Holbein, Altäre von Cranach und Hans Baldung, Schweizer und Nürnberger Kleinmeister des 16. Jahrhunderts. Aus dem 17. Jahrhundert Niederländer wie Frans Pourbus, Adriaen van Ostade, und die Perle der Sammlung, ein Bildnis Heinrich XIII. von Frankreich von der Hand des Rubens. Das 18. Jahrhundert vertreten Frankfurter Künstler der Goethe-Zeit. Für das 19. und 20. Jahrhundert haben einheimische Kaler den Vorrang: die Brüder Olivier, der Radierer Kolbe, der in Berlin hervorragend vertretene Franz Reger. Dann die Künstler des Staatlichen Bauhauses: Rée, Feintinger, Kandinsky. Ein Feuerbach und zwei frühe Pferdestudien des Hans von Marées wären noch zu nennen. Handzeichnungen sind verhältnismäßig aus den Mappen genommen und gerahmt worden.

Der anhaltische Staat und die Stadt Dessau haben diese Kunstschätze nur dem energischen Eintreten unserer Genossen im Landtage zu danken. Mit schweren Opfern mußte das nachgeholt werden, was die von den bürgerlichen Ideologen so gepriesene Dynastie der Askanier jahrhundertlang veräußert hat. Eine Prinzessin aus dem Hause Oranien, Henriette Katharina, ein halbes Jahrhundert später die Tochter des „Alten Dessauers“ und schließlich um die Wende des 18. zum 19. Jahrhunderts der Begründer des Bötticher Parkes, Friedrich Franz, haben diese Gemälde und

Büchereien und noch manche mehr gerächt und angekauft und ihre zahlreichen Schätze damit geschmückt. Kunstgeschichte von Ruf haben dem Fürstentum immer wieder nahegelegt, diese Schätze in Staatsbesitz zu überführen und der Allgemeinheit zugänglich zu machen; aber nichts dergleichen geschah. Alles blieb verstreut und vernachlässigt: weder zur Katalogisierung, noch zu einer anständigen Pflege waren die Herrschaften zu bewegen. Man ließ den Kunstbesitz langsam verkommen — ähnlich wie die Wälder ihre wundervolle Hausbibliothek. Niemand außer wenigen Eingeweihten achtete auch nur etwas von den Kunstwerken, die in den alten Schlössern moderten. Ein paar besonders wertvolle Stücke sind, allem Recht und Gesetz zum Trotz, nach der Staatsumwälzung von den Askaniern verkauft worden. Gleichzeitig verschwand das herrliche Mobiliar aus dem Fürstlichen Schloß und wurde auf Auktionen verschleudert. Die Republik mußte dem herzoglichen Hause das Galeriedebäude abkaufen, mußte die Kunstwerke instand setzen und retten, was noch zu retten war. Sie hatte auch das Vergnügen, das verlotterte Schloß Dranienbaum wieder instand zu setzen.

Angehts so standalöser Zustände — die Rechtsparteien haben sich wie üblich gegen alle Kulturforderungen gestimmt — ist es recht pikant, die anhaltischen „Patrioten“ vom Rußen der Klein- staater und von der Notwendigkeit der Erhaltung vorstädtischer Staatsverhältnisse deklamieren zu hören. Nur ja kein Aufgeben in Preußen oder Deutschland: sie machen das alles viel besser und das „angestammte Herrscherhaus“ ist ihnen bisher noch immer mit leuchtendem Beispiel vorangegangen. Den Leuten ist nicht zu helfen. . . Dr. Hermann Hieber.

Theater in der Klosterstraße: „Apostel“ und „Jedermann“. Das Apostelstück hat Kells kann noch auf dem Theater einige Wirkung erzielen durch die Form, in der es mittelalterliches, naturreligiöses Erleben gegen modernen Zeitgeist auspielt. „Jedermann“ aber verlangt durchaus nach Laienspieler, die gläubig-sich selber darstellen. Unsere Zeit des Hochkapitalismus, mit ihrem gewaltigen Ringen um die geistige und körperliche Freiheit des Menschen, weiß mit diesem Rückblick ins Theater nichts mehr anzufangen. So konnte trotz des Fleißes, der an die Aufführung gewandt worden war, das alte Kölner Mysterienspiel „Jedermann“ nicht packen. Tod und Teufel, Maria und Engel — sie wirken auf einer Theaterbühne heute immer ein wenig grotesk. Sich hier zur rein kulturhistorischen Wertung umzustellen, dürfte nur wenigen Theaterbesuchern liegen. Zur Ausführung: Florian Kienzl gab im Apostelstück einprägsamen den Großvater. Auch Brin-gols war überzeugend als Johannes, ebenso Kaiser als Landstreicher Petrus. Eine rührende kleine Magdalene gab Ruth Puls, die nur manchmal etwas zu leise sprach. — Geschick war die Regie Franz Sondingers zu „Jedermann“. Mit Hilfe der beiden Seitenbühnen mußte er in dem kleinen Theater eine gute Raumwirkung zu erzielen. Besonders zu nennen wären hier der Jedermann Kaiser, der Klausner Florian Kienzl und die Dirne Hedwig Schlichters. Sch—k.

Lautenabend Dr. Peter Bach. Zu dem Lautenabend, bei dem Dr. Peter Bach auf Einladung der Volkshäuser eigene Gedichte vorgetragen wird, sind Karten zum Preise von 70 Pf. noch in beschränkter Anzahl in den Verkaufsstellen der Volkshäuser O. B. erhältlich. Der Abend findet am Mittwoch, dem 21. September, um 8 Uhr in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster, Klosterstr. 74, statt.

# Ein Ausflüglerzug verunglückt.

## Entgleist auf dem Bahnhof Caputh-Geltow. — Vier Personen schwer und 19 leicht verletzt.

Auf dem Bahnhof Caputh-Geltow ereignete sich gestern um 19.26 Uhr ein Eisenbahnunglück, das glücklicherweise nicht allzu schwer verlief. Bei der Einfahrt in den Bahnhof entgleisten in der Weiche die Lokomotive, ein Packwagen und ein mit Reisenden besetzter Wagen dritter Klasse des Personenzuges 624. Vier Fahrgäste, Berliner Ausflügler, erlitten schwere Verletzungen und mußten in das Potsdamer Krankenhaus übergeführt werden. Neunzehn Personen, die Verstauchungen, Hautabstürzungen oder ähnliche Kontusionen davongetragen hatten, erlitten von dem aus Potsdam an die Unfallstelle herangeführten Sanitätszug die erste Hilfe. Folgende Einzelheiten werden hierzu noch mitgeteilt.

Fahrplanmäßig näherte sich gestern um 19.26 Uhr, aus Beelitz kommend, der Personenzug 624 dem Bahnhof Caputh-Geltow. Beim Ueberfahren der Weiche entgleiste plötzlich die Lokomotive und bohrte sich tief in das Erdreich ein. Der Packwagen und der hinterfolgende Wagen dritter Klasse wurden dabei umgestürzt. Die übrigen Wagen blieben glücklicherweise unbeschädigt. Einige Fahrgäste hatten mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten. Während sich die Verletzten selbst aus dem entgleisten Wagen herausarbeiten konnten, mußten vier schwerer Verletzte von Bahnbeamten und Mitreisenden geborgen werden. Von Potsdam wurde sofort ein längerer Sanitätszug nach Caputh entsandt. 19 Leichtverletzte wurden an Ort und Stelle von dem Bahnarzt und vom Sanitätspersonal behandelt. Sie konnten nach Anlegung von Rotverwänden wieder entlassen werden. Vier Personen mit ernstern Verletzungen wurden mit Kraftwagen in das Potsdamer Krankenhaus übergeführt. Zum Glück besteht bei keinem der Verletzten Lebensgefahr.

### Die Namen der Verletzten:

Brano Steinko, Große Frankfurter Straße 15;  
Klara Leiner, Münchener Straße 18;  
Frau E. Jauerl, Potsdamer Straße 34;  
Frau Emma Kleper, Spandauer Straße 6 zu Charlottenburg.

### Die Unfallstelle

wurde einige Zeit später in weitem Umkreise abgesperrt. Gleich nach Bekanntwerden des Unglücks begaben sich der Präsident

Reichsbahndirektion Berlin, Dr. Stapp, und Vizepräsident Wallbaum an die Unfallstätte, um persönlich den Ermittlungen über die Ursache des Unglücks beizuwohnen. Es konnte bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden, ob ein Fehler in der Weiche oder zu schnelles Fahren den Unfall herbeigeführt hat. Ein klares Bild wird erst die Zeugenvernehmung, die im Laufe des heutigen Vormittags stattfand, ergeben. Um einige Widersprüche in den Aussagen zu klären, begaben sich heute vormittag Oberbaurat Brandt und Direktor Zander von der Reichsbahndirektion nochmals an die Unfallstelle.

Der Betrieb auf der Strecke Beelitz-Rauen konnte durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. Eine große Arbeiterkolonne aus Berlin wurde mit einem Hilfszug nach Caputh entsandt, um die Aufräumungsarbeiten, die bis in die heutigen Vormittagsstunden währten, vorzunehmen.

### Zugentgleisung bei Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 18. September.

Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion ist der Schnellzug D. 304 Mainz-Frankfurt a. M. 20.46 Uhr auf der Durchfahrt durch den Bahnhof Goldstein entgleist. Nach den bisherigen Feststellungen wurden neun Personen verletzt. Zwei Wagen des Zuges stürzten um, drei weitere entgleisten. Der Unfall ist auf einen Achsenschenkelbruch an einem der Wagen zurückzuführen. Der Hilfszug traf um 21.17 Uhr an der Unfallstelle ein. Der vordere Teil des D-Zuges konnte die Fahrt nach Frankfurt a. M. fortsetzen, nachdem er einen Teil der Passagiere der letzten Wagen aufgenommen hatte. Der Rest der Passagiere wurde mit dem folgenden Schnellzuge nach Frankfurt befördert.

### Vom Zug erfasst.

Nach Mitteilungen der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. wurde nachmittags 6 Uhr auf einem nicht mit Schranken versehenen Uebergang der Strecke Friedberg-Hungen bei dem Bahnhof Boellersheim-Sobel ein Pferdewagen von einem Personenzug erfasst und zertrümmert. Der Eigentümer des Wagens, die Ehefrau und sein Entlein wurden schwer verletzt. Nach Angabe des Lokomotivführers scheute das Pferd und lief direkt in den Zug.

### Die Tragödie auf dem Dorf.

#### Das Geständnis der furchtbaren Mordtat in Caputh.

Durch das Geständnis des 23 Jahre alten Schlägters Albert Schwarze aus Caputh, der bekanntlich nach längerem Leugnen zugegeben hat, die seit September v. J. vermisste Hausangestellte Martha Jahn ermordet zu haben, ist eine erschütternde Dorftragödie aufgerollt worden.

Die weiteren Ermittlungen der Inspektion A. der Berliner Kriminalpolizei haben ergeben, daß Schwarze die Beziehungen zu dem Mädchen schon anknüpfte, als es noch in Caputh in Stellung war. Später übersiedelte die Jahn nach Großbeeren, blieb aber im Briefwechsel mit dem Liebhaber. Als sich Folgen des Verhältnisses bemerkbar machten, verlangte das Mädchen, daß der Schlägler sie heiraten sollte. Er lehnte das ab, da er inzwischen eine andere Geliebte gefunden hatte. Als die Jahn am 18. September v. J. — also genau vor einem Jahre — ihre Stellung in Großbeeren aufgab und nichts mehr von sich hören ließ, legte man dem Beschwinden zunächst keine große Bedeutung bei. Unter den Habseckheiten des Mädchens wurde ein Brief gefunden, in dem Schwarze sie aufforderte, sich zu einer endgültigen Aussprache mit ihm auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin zu treffen. Als man dem inzwischen selbstgenommene Albert Schwarze diesen Brief vorlegte, bestritt er zunächst, ihn geschrieben zu haben, widerrief diese Behauptung aber doch, als ihm die Unwahrheit nachgewiesen werden konnte. Am Sonnabend bequeme er sich denn endlich zu einem umfassenden Geständnis. Mit voller Absicht hatte er die frühere Geliebte, deren er längst überdrüssig war, aus Großbeeren nach Berlin gelockt. Vom Potsdamer Bahnhof aus war er mit ihr nach Potsdam gefahren, hatte aber wohlwollend vertrieben, hier den Autobus nach Caputh zu benutzen, da er nicht gesehen werden wollte. Er bewog das Mädchen vielmehr, den Weg nach dem Dorfe zu Fuß zurückzulegen. Auf dem Grundstück der Mutter setzte er sich mit ihr auf ein Spargelbeet und gab sich den Anschein, als ob er auf ihre Heiratswünsche eingehen wollte. Wie er erzählt, hat er die Kaminofen während des Gesprächs erwürgt. Nachdem das Mädchen tot war, grub er an einem Stallgebäude, das an die Spargelbeete anstieß, ein etwa 1,20 Meter tiefes Loch, zwang die Leiche hinein und ebnete den Boden sorgfältig wieder ein, damit nichts Auffälliges zu sehen war. Bald nach der Tat verübte er einen Einbruch. Das führte zu einem Bruch mit seinen Angehörigen, die sich nunmehr ganz von ihm lossagten. Am Sonnabend begab sich nun Kriminalkommissar Dräger von der Berliner Nordinspektion mit dem Verhafteten nach Caputh und dort wurde an der von Schwarze bezeichneten Stelle die Leiche des Mädchens tatsächlich ausgegraben. Die von der Oberstaatsanwaltschaft Potsdam sofort angeordnete Obduktion ergab nun aber, daß das Mädchen nicht nur ermordet, sondern in unglücklich roher Weise erschlagen worden war. Allen Anschein nach hat Schwarze dem Mädchen mit einem Spaten noch den Schädel vollständig zertrümmert. Der Körper wird im Laufe des heutigen Tages dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

### Einbruch im Juwelenladen.

#### Für 60 000 Mark Uhren, Schmuckfachen und Edelsteine gestohlen.

Das Geschäft des Juweliers Dünker in der Friedrichstraße 89 wurde am Sonntag nachmittags von Einbrechern heimgesucht. Der kleine Laden liegt neben dem Lotteriegaschäft von Silbermann, dessen Raum früher ein Hauseingang von der Friedrichstraße her war. Am Hofe haben beide Geschäfte gemeinsam einen Vorraum mit einem Hotel. Von einem Holzver Schlag aus versuchten die Diebstahler in das Juwelengeschäft einzudringen. Sie durchbrachen eine Wand, stiegen aber auf ein Kleiderständer und kamen durch dieses in einen Vorraum des Ladens. Von hier aus hätten sie nun durch eine Tür in den Juwelenladen selbst vordringen können. Sie mußten aber die Ueberwacht über die Lage verloren haben, gingen zurück nach der anderen Seite, verschafften sich Eingang in das Lotteriegaschäft und brachen von hier aus durch eine Wand unmittelbar in den Juwelenladen ein. Durch eine geschlossene eiserne Schutzplatte vor dem Schaufenster gegen Sicht von außen her gedeckt, konnten sie sich ungehindert in dem Laden aufhalten. Trotzdem räumten sie nur einen Teil des Schaufensters aus. Die Diebstahler erbeuteten u. a. 96 neue goldene Uhren, darunter 15 Herrenuhren mit Sprungdeckel, 50 silberne Herrenuhren mit und ohne Sprungdeckel, einen großen Posten Nickelherrenuhren mit Chronograph, 30 goldene Ketten mit Anhänger, 20 goldene Füllfederhalter, ebenso viele goldene Bleistifthalter, 20 bis 30 goldene Armbänder, 15 Krawattennadeln mit großen Perlen oder Brillanten, 20 Brochettes mit Brillanten, 50 Brillantringe, 20 silberne und goldene Herren-

15 Damenarmbanduhren, die in Reparatur gegeben waren, 20 goldene und silberne Herrenuhren und etwa 100 Stück Schmuckfachen verschiedener Art, nach den bisherigen Feststellungen im ganzen für etwa 60 000 M. Trotz des regen Verkehrs in der Gegend hat niemand von dem Einbruch etwas gemerkt. Erst abends wurde er entdeckt.

### Wohnungsbrand in Berlin N.

#### Ein Mann erstickt.

Rieter des Duergebäudes im Hause Bringenallee 90 wurden gestern auf einen verdächtigen Brandgeruch aufmerksam. Auf der Treppe zeigten sich dicke Rauchschwaden, die aus der Wohnung des Arbeiters Friedrich Lüdike drangen, der im zweiten Stockwerk eine kleine Wohnung innehat. Als auf Klopfzeichen niemand öffnete, wurde die Feuerwehr alarmiert, die sich gewaltig einsetzte. In dem völlig verqualmten Schlafzimmer wurde L. bewußlos aufgefunden. Er wurde durch die Feuerwehr zur Rettungsstelle 10 gebracht, wo der Arzt jedoch nur noch den Tod durch Ersticken feststellen konnte. Das Feuer wurde von der Feuerwehr nach kurzer Zeit gelöscht. Nach den bisherigen Feststellungen scheint B. das Opfer eigener Unvorsichtigkeit geworden zu sein. Seine Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht.

Mit der Bekämpfung eines gefährlichen Dachstuhlbrandes waren gestern um 2 1/4 Uhr vier Löschzüge der Feuerwehr in der Nerseburger Straße 9 zu Schöneberg stundenlang beschäftigt. Das Feuer dehnte sich mit großer Schnelligkeit auf den ganzen Dachstuhl aus und drohte auf die Nachbarhäuser überzugreifen. Durch starkes Wasserergeben aus fünf Schlauchleitungen gelang es jedoch dem Brandherd einzukreisen. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis in die Morgenstunden hinein. Die Entstehungsurache konnte noch nicht ermittelt werden.

### Ueberfall auf eine Blinde.

Von einem Wüstling wurde gestern abend gegen 19 1/2 Uhr eine blinde Frau Emma B. aus der Waldsiedlung bei Spandau überfallen. Die Frau befand sich auf dem Wege nach Spandau und wurde von ihrem sechsjährigen Sohne geführt. Bei Amalienhof in der Gegend der Sandstraße schlug sie einen Landweg ein. Hier kam plötzlich ein unbekannter Mann heran und bedrohte den Knaben, daß er in seiner Angst davonliefe, fiel über die Frau her und tat ihr Gewalt an. Die Blinde, deren Hilferufe verhallten, weil niemand in der Nähe war, tastete sich weiter, nachdem der Unhold davongegangen war. Eine andere Frau, die sie dann traf, brachte sie nach einem Restaurant in der Seeburgstraße. Der Junge war unterdessen auch auf Leute gestoßen und hatte ihnen mitgeteilt, was seiner Mutter begegnet war. Diese benachrichtigte die Polizei und das Revier entsandte sofort das Ueberfallkommando, das aber von dem Ueberfaller keine Spur mehr fand. Der Knabe kann nur sagen, daß er eine Mütze und einen Selbstriemen trug. Mitteilungen zur Auffklärung an die Kriminalpolizei und das Revier 144 in Spandau.

### Ein Festabend der Lehrer.

Anlässlich des von dem Verein für Leibesübungen der Berliner Lehrerschaft E. B. am gestrigen Sonntag auf dem Tiergarten-Sportplatz veranstalteten 1. Lehrer-Städte-tampfes Dresden-Hamburg-Berlin — der unter dem Protektorat des Stadtschulrates Genossen Rydahl stand — fand im Festlokal des Hotels „Nordischer Hof“ am Steintiner Bahnhof ein Begrüßungsabend statt. Dieser Abend sollte vor allem der persönlichen Fühlungnahme der zum Teil einander fremden Teilnehmer — es waren vorwiegend Junglehrer — dienen, was auch in den zwanglosen und sympathischsten Formen geschah. Im Namen der Stadt Berlin begrüßte Direktor Häußler von Stadtamt für Leibesübungen die Gäste. Er unterstrich in seiner mit herzlichem Beifall aufgenommenen Ansprache die hohe Aufgabe der Lehrerschaft auf dem Gebiete des Sports, der als eine Angelegenheit des ganzen Volkes im besonderen der Jugend zu erschließen sei, wobei die Beteiligung der Lehrer nicht wie früher eine passive, sondern eine aktive sein soll. Die Stadt Berlin hat für die Kämpfe einen Wanderpreis gestiftet. Aus der Ansprache des Vorsitzenden des Hamburger Vereins ist die Mitteilung erwähnenswert, daß der Hamburger Senat die Reise seiner Lehrer durch einen finanziellen Zuschuß unterstützt hat. Die Sachen, die sich durch humorvolle Vorträge alle Herzen im Sturm erobert hatten, ließen ihren Berliner Kollegen durch zwei Damen große Blumensträuße überreichen. Gäste und Veranstalter zelebrierten sich in jeder Hinsicht von der angenehmsten Seite (man verzichtete z. B. auf diejen „Kammers“ bemüht auf größere Mengen

Alkohol und brach, um für die Kämpfe frisch zu sein, schon eine Stunde vor Mitternacht auf), so daß man von diesem Begrüßungsabend den Eindruck mitnahm, daß wirklicher Sportgeist in der jungen Generation der Erzieher unserer Jugend seinen Einzug gehalten hat — was ja auch nur zu begrüßen ist!

### Ins Leben hinaus!

#### Jugendweibe der Groß-Berliner Arbeiterschaft.

Die diesjährigen Herbst-Jugendweiben begannen am Sonntag mit einer von der Sozialdemokratischen Partei veranstalteten Jugendweibe der Arbeiterschaft Groß-Berlins. Im Großen Schauspielhaus, das für solche Veranstaltungen ganz besonders geeignet ist, versammelten sich 350 Jünger vor der Schulentlassung stehende Knaben und Mädchen und mit ihnen die Schar ihrer Eltern, Angehörigen, Verwandten und Freunde. Der weite Raum war bis in die obersten Reihen hinauf dicht besetzt.

Einem Abschluß und einem Anfang galt diese weihenolle Feierstunde, dem Austritt aus der Schule und dem Eintritt in das Berufs- und Erwerbsleben. Was an solchem Zeitpunkt, der vielleicht wichtiger als irgendein anderer auf dem Lebensweg eines Menschen ist, wir unseren Jungen und Mädchen zum Bewußtsein zu bringen haben, das sprach Genosse Dr. Lohmann in seiner Weiberrede aus. Kein Gelübde verlangen wir von ihnen, wie die Kirche es von ihren Konfirmanden verlangt. Auf die große Geistes- und Kampfeinsicht wie Lohmann hin, in die unser Nachwuchs eintreten soll. Das Werk, das die jetzt Alten begonnen haben, sollen die Jungen einmal vollenden. Menschen haben die Erde zur Hölle gemacht, Menschen allein können die Zustände wieder bessern. Aber das vermag nicht der einzelne, sondern nur durch ein Zusammenwirken aller ist das zu erreichen. Solidarität fordern wir im Kampf um die Befreiung der schaffenden Arbeit aus den Fesseln des Kapitals.

Die Weiberrede wurde umrahmt von künstlerischen Darbietungen, von Orgelspiel, Vorträgen des Liebermannschen Cellos-Trios, Gesängen des „Jungen Chors“, Franz Rothenfelders Dichtung „Der Herbst geht über die Heide“, vom Sprecher vorgetragen, wies hin auf die Jugendweibe und klang aus in der Mahnung: **Werdet aufrecht schreitende Kämpfer!**

Für eine zweite Gruppe von nochmals 350 Knaben und Mädchen findet die von der Sozialdemokratischen Partei veranstaltete Jugendweibe im Großen Schauspielhaus am nächsten Sonntag um 11 Uhr statt. Sie wird durch den Rundfunk übertragen werden.

### Bei einem Autounfall erdroffelt.

#### Die verhängnisvolle Uebertette.

Breslau, 10. September. (Eigenbericht.)

Der Bürgermeister von Ratibor, Ellendt, verunglückte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag tödlich. Ellendt fuhr in seinem Kraftwagen von Beuthen die Strecke nach Ratibor. Im Begriff, eine Fliege, die ihm ins Gesicht geflogen war, abzuwehren, verlor er die Gewalt über den persönlich von ihm gesteuerten Wagen. Das Automobil stürzte um und begrub die Insassen unter sich. Ihre Verletzungen waren nur leichter Natur. Ellendt wurde ein Opfer seiner langen Uebertette, die sich ihm um den Hals schlang und ihn erdroffelte, bevor Hilfe kam. — Ein Unfall, der an das tragische Ende der Isadora Duncan erinnert.

### Schwerer Flugzeugabsturz in Amerika.

#### Sieben Personen getötet.

New York, 17. September.

In der Nähe von Hadley im Staate New Jersey stürzte ein Passagierflugzeug ab und wurde vollständig zertrümmert. Der Pilot und sechs Insassen fanden den Tod.

Plainfield (New Jersey), 19. September.

Das gestern verunglückte Flugzeug ist eine Fokker-Maschine, die eine Reihe kurzer Flüge mit je acht Passagieren machte. Beim fünften Fluge befanden sich zehn Passagiere an Bord. Das Flugzeug erhob sich zwar vom Boden, aber der Motor setzte aus, und der Apparat stürzte ab und wurde zertrümmert. Man hofft, daß vier der verletzten Passagiere mit dem Leben davontommen werden.

Kopenhagen, 19. September.

Eine Fokker-Maschine der dänischen Luftfahrts-Gesellschaft ist, kurz nachdem sie vom Costruper Flughafen nach Hamburg aufgefliegen war, in unmittelbarer Nähe des Flughafens abgestürzt. Das Flugzeug, das mit Passagieren voll besetzt war, geriet in Brand. Soweit bisher bekannt geworden ist, gelang es allen Passagieren, sich aus dem Flugzeug zu retten. Der Pilot wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht.

### Sport.

#### Die Ringkämpfe im Sportpalast.

Am Sonnabend warf der Jugoslavische Kopp im Entscheidungskampf den Hamburger Schulz nach 58 Min. durch Untergriff von vorn. F. Kawan triumphierte nach 20 Minuten über den Ungarn Baroth durch Hüftschwung. Der Eiberfelder Kunst begang den Bayern Bogtmann durch Untergriff von vorn nach 9 Minuten. Prochaska und Pestinowicz konnten in ihrer vorgeschriebenen Zeit zu keinem Resultat gelangen. Durch Hüftschwung warf in der 6. Minute von Kiel den Hamburger Stange. Der Sonntag paarte im Entscheidungskampf den Berliner Schachschneider und Stolzenwald-Soargebiet, der sich als der stärkere erwies und seinen Gegner mit blickheller Untergriff von vorn auf die Bretter zog. Auch der Ostpreuße Budrus mußte die Macht eines Doppelneffens des Deutschpolen Pinecki nach 8 Minuten anerkennen. Im Kampf Perles-Wien gegen G. K. Berlin standen zwei ausgezeichnete Ringer auf der Matte, die zu keiner Entscheidung gelangen konnten. Sachs-Bayern vermochte sich gegen den kräftigeren und schwereren Wiener F. Kawan nicht durchzusetzen und erlag in der 13. Minute einem schnellen Ueberwurf.

In dem Jiu-Jitsu-Kampf gegen Kawamura mußte am Sonnabend der Kölner Debie schon nach 4 Minuten die Waffen strecken. Am Sonntag stand der massige Lische Prochaska dem Japaner Kawamura drei Runden lang und gewann damit die von diesem ausgelegte Prämie.

#### Kennen zu Grünwald am Sonntag, dem 18. September.

1. Rennen. 1. Leichte Klasse (D. Schmidt), 2. Jägermeister, 3. Kestner. Toto: 31:10. Platz: 10, 10, 11:10. Ferner liefen: Biscuit (4), Krolländer, Armbruster, Latona.  
2. Rennen. 1. Calamedes (D. Schmidt), 2. Dürst, 3. Senow. Toto: 28:10. Platz: 13, 17:10. Ferner liefen: Waldprinzessin.  
3. Rennen. 1. Patrizier (Ruhwig), 2. Schneewittchen, 3. Himalaya. Toto: 18:10.  
4. Rennen. 1. Nelson (D. Schmidt), 2. Lieberkranz, 3. Anton. Toto: 16:10. Platz: 11, 19:10. Ferner liefen: Negro.  
5. Rennen. 1. Ulfenwäler (D. Schmidt), 2. Wanderer, 3. Maß Jang. Toto: 31:10. Platz: 13, 21:10. Ferner liefen: Rodendach.  
6. Rennen. 1. Seluga (Dreißig), 2. Hüftruf, 3. Statius. Toto: 175:10. Platz: 25, 16, 15:10. Ferner liefen: Rheinlone (4), Locusta, Sturmbrand, Octave.  
7. Rennen. 1. Debro (Göhl), 2. Wundnacht, 3. Grotz. Toto: 53:10. Platz: 19, 29, 15:10. Ferner liefen: Ad hoc (4), Keneß, Kammig, Seide.

